

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 77 (1997)
Heft: 2

Artikel: Liberale Entwicklungspolitik : Erfahrungen in Bangladesh
Autor: Rahman, Salman F.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165716>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

LIBERALE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Salman F. Rahman

ist Präsident des Saarc Chamber of Commerce and Industry und der Federation of Bangladesh Chambers of Commerce and Industry.

Erfahrungen in Bangladesh

Die von John Locke, Adam Smith und John Stuart Mill entwickelten liberalen Gedanken wurden angesichts der Turbulenzen des zwanzigsten Jahrhunderts immer wieder als naiv und obsolet bezeichnet. Heute zeigt es sich aber, dass die Prinzipien des Liberalismus für die wirtschaftliche Entwicklung eine gesündere Basis darstellen als die vorherrschenden Entwicklungstheorien der letzten Jahrzehnte.

Es geht mir im folgenden darum, den Zusammenhang zwischen liberalen Ideen und wirtschaftlichem Wachstum aufzuzeigen. Das wirtschaftliche Wohlergehen ist für viele Menschen nicht das einzige Lebensziel. Aber ohne wirtschaftliche Grundversorgung bleiben die meisten höheren Werte des Lebens unerreichbar, was nirgends so klar zutage tritt wie in Südasien. Bei der in diesem Subkontinent verbreiteten Not und Armut sind Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Liberalismus kaum ein Thema. Dort, wo die Kinder hungern, die Menschen an armutbedingten Krankheiten leiden oder dauernd unterernährt sind, stehen die Grundbedürfnisse im Vordergrund. Das Erreichen eines hinreichenden Existenzminimums ist eine Voraussetzung für das Anstreben immaterieller Ziele. Die wirtschaftlichen Existenzgrundlagen lassen sich aber am besten sichern, wenn die Wirtschaft liberalen Prinzipien folgt.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat zwei Aspekte: das Wachstum des Wohlstandes der Individuen und die Verteilung dieses Wohlstandes. Der Weg der wirtschaftlichen Entwicklung in einem liberalen Umfeld führt durch eine Anzahl von Konflikten, die sich zunächst in einem Wachstumsdefizit auswirken. Die Absicht von Regierungen, das liberale Modell im Interesse der Entwicklung durch ein System des Interventionismus zu ersetzen, hat jedoch vollständig versagt. Sieben Aspekte dieses Versagens sind zu untersuchen und im folgenden mit möglichen Gegenstrategien aus liberaler Sicht zu konfrontieren.

Der Liberalismus geht davon aus, dass die Menschen als rationale Wesen das wählen,

was für sie das Beste ist. Solche Entscheidungen mögen eigennützig sein, doch sind sie weder dumm noch verrückt. Aus liberaler Sicht sind die Menschen durchaus fähig, vernünftige Urteile zu fällen, weshalb man ihnen die Möglichkeit der Wahl offenlassen sollte.

Mehr Vertrauen in die Rationalität

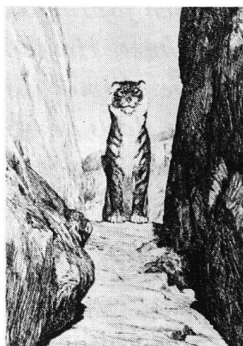
Im Gegensatz dazu herrscht in Südasien die Meinung vor, dass die Menschen – von traditionellen, falschen Ansichten geleitet – unfähig seien, sich sachgerecht zu entscheiden. Die Menschen werden für unwissend und desinformiert gehalten. Nur die führenden Leute in der Regierung seien in der Lage, für die gewöhnlichen Leute die richtige Wahl zu treffen und deren Interessen zu wahren. Es lässt sich jedoch nachweisen, dass diese Auffassung falsch ist. Das Volk kann seine eigenen Interessen besser wahren als die Regierung. Was Bauern und Gewerbetreibende entscheiden, entspricht eher dem gesunden Menschenverstand als das, was Regierungen entscheiden; denn die meisten Probleme sind viel komplexer, als Staatsbeamte meinen. Viele Aspekte, welche zur richtigen wirtschaftlichen Entscheidung führen, sind nur dem einzelnen Bauern oder dem Geschäftsmann bekannt. In der grossen Zahl von Interventionen, welche die Regierungen Südasiens vorgenommen haben, gibt es keinen einzigen überzeugenden Fall, wonach die Urteilsfähigkeit des gewöhnlichen Volkes derjenigen der Regierungsbeamten unterlegen gewesen wäre: Die Interventionen haben in der Regel das wirtschaftliche Wachstum nur behindert.

Vortrag an der Convention on Liberal Values der Friedrich-Naumann-Stiftung in Neu Delhi, 5./6. Januar 1996.
Aus dem Englischen übersetzt von Beatrice Bissoli und Robert Nef.

Das liberale Bekenntnis zur Rationalität hat zwei Aspekte: *Erstens* muss den tatsächlichen Geschehnissen und der Art, wie die Welt funktioniert, die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werden. Kleinbauern treffen bezüglich ihrer Erntemodelle die richtigen Entscheide, da sie auf Erfahrung und einer gesunden Einschätzung der Risiken und Erträge beruhen; wir sollten deshalb auf das hören, was sie uns sagen. *Zweitens* müssen wir uns unserer eigenen Unwissenheit und der Grenzen unserer Kenntnisse bewusst sein. Auch eine Regierung ist gezwungen, auf der Basis von Unwissenheit aktiv zu werden, und wer dies negiert, begeht die folgenschwersten Fehler. Die kommunistischen Länder haben im Namen eines falschen Verständnisses dessen, was man wusste und dessen, was man nicht wusste, schlimmste Verbrechen begangen. Die vernünftige liberale Einschätzung rationalen Verhaltens erkennt die Grenzen des Wissens und Vorauswissens. Wer diese Grenzen missachtet, stürzt in die Abgründe des Totalitarismus von *Stalin* und anderen Machthabern.

Weniger Interventionismus

Eine der grössten intellektuellen Errungenschaften der Menschheit ist die Entdeckung des Wettbewerbs und die Erkenntnis, dass der Egoismus Gutes bewirken kann. *Adam Smith*, einem der Begründer des Liberalismus, war klar, dass die Prinzipien des Wettbewerbs und die Beseitigung der Handelshemmnisse das Gemeinwohl erhöhen würden. Dies bezieht sich sowohl auf die von der Regierung wie auch vom privaten Unternehmertum auferlegten Handelsrestriktionen. Diese Idee hat an Terrain gewonnen, und wiederholte Versuche, etwas anderes zu beweisen oder den zentralen Begriff des aus dem Wettbewerb hervorgehenden Wohlstandes zu widerlegen, sind gescheitert. Wer dies vergisst, tut dies auf eigene Gefahr, und wir haben es tatsächlich vergessen. Zu Unrecht deuten wir die Wirtschaftspolitik als einen Versuch, den Menschen aus Mitleid zu helfen oder ihnen irgendeinen Vorteil zu verschaffen; und zu Unrecht sehen wir im Wettbewerb einen Grund für das Versagen der Politik. In Südasien sind wir gewissermassen Spezialisten für das Hätscheln kranker Unterneh-



Max Klinger: «Erste Zukunft», Radierung, 1880, Kunsthhaus Zürich.

Interventionen
durch die
Regierung
gehören zu den
Hauptverur-
sachern unserer
Rückständigkeit.

mungen: Wenn ein Betrieb in Schwierigkeiten ist, erwarten wir von der Regierung, ihn zu retten, da wir den Untergang eines Unternehmens nicht mitansehen können. Dem guten Geld schlechtes nachzuwerfen und mit müssigen Versuchen schlechte Investitionen zu retten: Darin sind wir Experten geworden. Diese Interventionen durch die Regierung gehören jedoch zu den Hauptverursachern unserer Rückständigkeit. Die sozialistischen Länder haben mit dieser Methode ihr Volk in die Verarmung gestürzt; mit dem gleichen System hat man in Südasien das Volk arm gemacht.

Wider den Mythos vom Marktversagen

Viele Regierungsinterventionen werden dadurch gerechtfertigt, dass man an ein Marktversagen glaubt. Früher war die Auffassung weitverbreitet, dass die Grösse hauptsächlich Vorteile biete, d.h. dass der Ertrag bei Grossproduktion zunehme und dass eine Produktion im kleinen Rahmen weniger rentiere. Und so begünstigte man das Entstehen von Monopolen, was wiederum zur Rechtfertigung von Regulierungen führte. Eine andere Form der Vorstellung des Marktversagens beruht auf dem Glauben, Geschäftsleute seien unfähig, Unternehmungen zu betreiben, was die Regierungen veranlasst, sich selbst diese Fähigkeit zuzuschreiben.

Man kann sich natürlich eine Menge verschiedener Arten des Marktversagens vorstellen, die angeblich alle einen Bedarf an Intervention und Regulierung durch die Regierung auslösen. Viele Südasien sind davon überzeugt, dass Marktversagen häufiger vorkomme als richtig funktionierende Märkte, und bei dieser Gelegenheit basteln dann unsere Bürokraten und Politiker daran herum und behaupten zu regulieren und zu kontrollieren. Meistens verdrehen sie jedoch nur die Tatsachen und führen höhere Transaktionskosten ein. Wenn sie dabei erfolgreich sind, besteht das Resultat gewöhnlich darin, dass sie einen funktionierenden Markt zerstören und das wirtschaftliche Wohlergehen beeinträchtigen.

Keine Überschätzung der Grosstechnologie

Adam Smith hat dargelegt, dass die Verbesserung der Technologie eine Quelle des

Reichtums ist. Nationen können durch die Nutzung natürlicher Ressourcen, durch Mehrinvestitionen oder durch rasche Zunahme der Zahl der Arbeitskräfte reich werden. Wenn jedoch das wirtschaftliche Pro-Kopf-Einkommen zunehmen soll, muss eine höhere Produktivität durch den Einsatz verbesserter technischer Methoden erzielt werden. Dies ist offensichtlich machbar, solange es einen technologischen Rückstand aufzuholen gilt. Die Wahl kapitalintensiver Methoden wird für einen bestimmten ersparten Betrag nur eine beschränkte Anzahl von Arbeitsplätzen schaffen. In diesem für Südasien so typischen ökonomischen Ansatz gibt es eine immer höhere Nachfrage nach Kapital, um grosse kapitalintensive Projekte zu finanzieren. Tiefe Zinssätze und ein leichter Zugang zu gelenkten Krediten führen genau zu diesen Resultaten. Dieser Versuch, in Asien fortgeschrittene kapitalintensive Techniken einzuführen, war wenig erfolgreich. Der liberale Ansatz verlangt, dass man sich auf die arbeitsintensiveren Techniken ausrichtet und nicht dem Glauben verfällt, Kapital sei so reichlich vorhanden, dass man es verschwenden könne. Tatsächlich nimmt die Kapitalverschwendung in der Geschichte unserer Entwicklung breiten Raum ein.

Grenzen der Besteuerung

Eine der Lektionen, welche uns der moderne Staat erteilt, besteht darin, dass es eine Grenze gibt für die Steuersätze, die von der Gesellschaft akzeptiert werden. Naiverweise führten die westlichen Demokratien Steuersätze ein, die so hoch waren, dass sie Anreize zerstörten und die Steuerumgehung begünstigten. Die Übertragung derselben Strukturen auf Asien zeitigte ähnliche Resultate. Als eine Massnahme eingeführt wurde, um mehr Einkommensgleichheit zu schaffen, haben diese Steuersysteme perverserweise die gegenteilige Wirkung erzeugt. Auch eine liberale Sicht der wirtschaftlichen Entwicklung anerkennt, dass es zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben finanzielle Mittel, d. h. Steuern, braucht. Die Bereitschaft, Steuern zu bezahlen, ist aber begrenzt. Deshalb wurde in Bangladesh das Steuersystem rationalisiert. Die weitere Entwicklung der Wirtschaft muss zwei Gesichtspunkte berücksichtigen:

.....
*Naiverweise
führten die
westlichen
Demokratien
Steuersätze ein,
die so hoch
waren, dass
sie Anreize
zerstörten und
die Steuerum-
gehung
begünstigten.*
.....

Sie muss einerseits die Grenze dessen anerkennen, was die Regierung ausgeben sollte – diese Grenze liegt tiefer, als die meisten bürokratischen Systeme gerne akzeptieren würden –, und sie muss andererseits darauf achten, dass die Staatseinnahmen nach den richtigen Prioritäten ausgegeben werden. In Südasien ist die Mittelverschwendung für Verteidigungszwecke das grösste Problem, dem wir begegnen müssen. Diese Ausgaben beschneiden die für Erziehung, Gesundheit und Infrastruktur vorhandenen Mittel und erzielen sehr wenig oder gar keinen öffentlichen Nutzen. Die Begrenzung der Zielsetzungen und der Lenkung durch die Regierung ist ein Aspekt der liberalen Überzeugung, der im Subkontinent kaum bekannt ist. Dafür wird die Rolle der Regierung grundsätzlich positiv beurteilt, was dann zum Postulat führt, man müsse ihren Einfluss in allen Lebensbereichen ausdehnen.

Vieles am liberalen Gedankengut hat seine Wurzeln in der Zeit der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten. Interessanterweise spielte dabei eine Steuerrevolte eine zentrale Rolle. Aus liberaler Sicht ist es entscheidend, dass die Macht der Regierung, das Steuervolumen und der Steuersatz begrenzt sind. Die ständige Verletzung dieser Forderungen bewirken jene Fesseln, die sowohl Arbeiter als auch Unternehmer binden. Eigentlich handelt es sich bei der hohen Besteuerung um nichts anderes als um die Anmassung politischer Macht durch eine elitäre Gruppe, welche versucht, ihre Ansichten aus Eigennutz allen anderen aufzuzwingen. In den Vereinigten Staaten bestand die Lösung der Steuerrevolte in der Entwicklung eines demokratischen Systems, in dem die repräsentative Regierung die Bevölkerung schützen sollte vor den exzessiven Steuerforderungen und der Ausgabe dieser Mittel für Zwecke, die für die Mehrheit des Volkes inakzeptabel waren. Soll das liberale Gedankengut auch in Entwicklungsländern zum Tragen kommen, so ist es auch im Bereich der Politik anzuwenden; denn nur demokratische Systeme, welche den Ansichten der Bevölkerung Rechnung tragen, sind in der Lage, den willkürlichen Gebrauch der Macht zum Zwecke der Steuereinzahlung und den Einsatz öffentlicher Mittel für Zwecke, die

nicht der Gesellschaft dienen, zu vermeiden.

Diese Lektion müssen wir in Südasien noch lernen; demokratische Systeme sind ein wesentlicher Teil wirtschaftlicher Entwicklung.

Nicht: Grösse über alles

Der Liberalismus glaubt an Privatinitiative und Dezentralisation. Die Kombination dieser Ziele bewirkt ein beträchtliches Investitionsvolumen, das die Entwicklung kleiner Unternehmen von 10 bis 200 Mitarbeitern ermöglicht. Im Gegensatz dazu tendiert die staatlich gelenkte Wirtschaft zu Grossbetrieben. Kleinere Firmen sind aber produktiver, sie schaffen höhere Renditen, sind flexibler in ihren Operationen und können mit den für Entwicklungsländer typischen sich verändernden Märkten flexibel umgehen. Doch ausgerechnet solche Firmen sind in der Regel von der staatlichen finanziellen Unterstützung ausgeschlossen.

Ironischerweise gibt es eine starke Bewegung in Richtung *small is beautiful*. Dieses Postulat mag zutreffender sein als «gross ist gut», aber es muss nicht unbedingt höhere Kapitalrenditen bewirken. Die Verschiebung grösserer Ressourcen zu den Ärmsten – so wünschenswert und wertvoll dies an sich sein mag – ist nicht notwendigerweise der einzige und beste Weg zu wirtschaftlicher Entwicklung. Deshalb sollten wir darauf achten, nicht irregeleitet zu werden im Glauben, dass gezielte wirtschaftliche Handlungen, die den Ärmsten der Armen zugute kommen, uns aus der Armutsfalle herausführen.

Keine Vernachlässigung der Qualität

Eine der überraschenden Charakteristiken des nicht-liberalen Systems ist die naive Einstellung zur Technologie. Im dezentralisierten liberalen Entwicklungssystem trifft der individuelle Unternehmer die Entscheidungen über die Allokation von Investitionen und Ressourcen. Gewöhnlich ist er sich völlig bewusst, wie schwierig Technologie einzusetzen ist: Es ist ein

.....

Der alltägliche Umgang mit der Technologie ist das eigentliche Herzstück der wirtschaftlichen Entwicklung.

.....

Dauerkampf, die Produktivität zu erhöhen und die Einrichtungen instandzuhalten. In mancher Hinsicht ist dieser alltägliche Umgang mit der Technologie das eigentliche Herzstück der wirtschaftlichen Entwicklung. Im Gegensatz dazu ist die Regierung als Entwicklungsinstanz für diese Schwierigkeiten blind und sieht die Technologie als *black box*, die, einmal erworben, stets problemlos weiterfunktioniert. Das tiefe Wartungsniveau in den meisten regierungseigenen Einrichtungen und Fabriken liefert einschlägiges Anschauungsmaterial. Man braucht nur an das Desaster zu denken, von dem die sozialistischen Länder heimgesucht wurden, weil sie ausserhalb des militärischen Sektors die Produktequalität völlig vernachlässigt haben. Aus liberaler Sicht sind der Wettbewerb und die Notwendigkeit, die Produktivität zu erhöhen, das zentrale Anliegen wirtschaftlicher Entwicklung, vermutlich noch zentraler als die Kapitalbildung. Sozialistisch geprägte Länder und Länder in Südasien hängen der irrigen Auffassung an, dass es gerade das höhere Investitionsniveau sei, welches die Entwicklung fördert. Was Entwicklung bewirkt, ist aber die effiziente Produktion; wenn dann die meistens aus dieser Aktivität resultierenden Gewinne ein hohes Investitionsniveau ermöglichen, so ist das um so erfreulicher. Wenn man jedoch mit Investitionen ohne Produktequalität rechnet, landet man in der öden Landschaft des modernen Sozialismus.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die am meisten irritierenden interventionistischen Thesen heute durch die Tatsachen gründlich falsifiziert sind. Der Liberalismus hat nun jene politischen Optionen zu spezifizieren, welche das politische Primat demokratischer Einrichtungen und Verfahren mit dem Vorrang für die Marktkräfte und die ökonomische Entwicklung durch ein freies Unternehmertum verbinden. Die Regierung darf sich nicht mit einer rein passiven Rolle begnügen. Sie ist für die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen zuständig, die für eine optimale Durchführung einer solchen Politik notwendig sind. ♦